

Breslauer



Beitung.

N^o 35.

Dinstag den 4. Februar

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 1. Februar. Die Börse heute Mittags nach Kiel gegangen, um die neue Regierung für Holstein einzusetzen. Der dänische Kommissar Graf Heinrich Reventlow-Criminil folgt Morgen. Als Departementschefs werden fungiren: Baron Heineke, Inneres; Syndikus Prehn, Finanzen; Malmros, Justiz; Heingelmann, Kultus.

Brüssel, 1. Februar, Morgens 9 Uhr. Die Telegraphenlinie nach Verviers wurde heute noch nicht für das Publikum eröffnet.

Paris, 31. Januar, Abends 8 Uhr. In der Nationalversammlung wird die Debatte über die Arbeiter-Vergütungen fortgesetzt. Nächsten Montag wird das Ministerium interpellirt werden, ob es auch das Wahlgesetz für die Präsidentschaftswahl anwendbar halte? Welches ward beantragt, daß die Offiziere aller Grade Dapins Acquisitoren gehören müssen, und daß dieser Beschluß in den Kassen mitgetheilt werde. — Das Detentions-Gesetz erhält sich. — Mangin ist in Paris geblieben. — Auf telegraphischem Wege ist die Nachricht aus Madrid eingetroffen: daß das spanische Ministerium die Verantwortung der Interpellation wegen des Concordats verweigere.

Paris, 31. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 80. 5% 96, 35. (C. 3.)

Wien, 2. Februar. Mehrere Blätter brachten gestern die Nachricht von einer lebensgefährlichen Erkrankung des Herrn Grafen v. Chambord zu Venedig, der sogar schon mit den Sterbefarmenten versehen worden sei. Wie haben daher gestern auf telegraphischem Wege Erkundigungen zu Venedig eingelegt, als deren Resultat folgendes sich ergab:

Venedig, 1. Februar, 3 Uhr Abends. Graf Chambord litt an einer nervösen, gastrischen Krankheit; doch hatte dieselbe niemals einen gefährlichen Charakter angenommen. Gegenwärtig befindet er sich wohl. In der Nacht vom 26. auf den 27. war sein Verstand, der Herzog von Modena bereits von Venedig abgereist und soll am 29. in seiner Residenz zu Modena eintreffen.

Aus Mailand ist die Nachricht eingelaufen, daß der berühmte Compositur Gasparo Spontini, Graf v. St. Andrea und Ritter zahlreicher Orden, Mitglied des Instituts der französischen Akademie, Generalmusikmeister Sr. Majestät des Königs von Preußen, am 12. d. M. nach 10 Uhr Abends im Alter von 77 Jahren gestorben ist. Die gesamte civilisirte Welt wird in ihm den ausgezeichneten Künstler betrauern. Die hiesige Bevölkerung beklagt den Verlust eines wahrhaftigen Menschenfreundes und Wohlthäters.

Florenz, 26. Januar. Eine neu erschienene großherzogliche Verordnung erhöht die gerichtlichen Registraturen.

Turin, 29. Januar. Die Postverträge mit Frankreich, Belgien und der Schweiz sind ohne Debatte angenommen worden. Die Beratungen über das Budget des Justizministeriums werden fortgesetzt. Der Justizminister Siccardi versichert, daß die bevorstehende neue Gerichtsordnung auch eine Bestimmung über die Unabsehbarkeit der Richter enthalten wird. Mehrere Redner beschuldigen den Nichterhalt Savoyens der Lausitz und Unzuverlässigkeit, dagegen erhebt sich der sardische Abgeordnete Vissard und trachtet diese Angriffe zu entkräften. Der Fürst des Bistums Monaca ist nach Paris abgereist, nachdem er vergebliche Versuche gemacht, sich der Städte Mentone und Nubruna zu bemächtigen, deren Bevölkerung sich entschieden zu Vichent hinneigt.

Turin, 30. Januar. Der Senat genehmigt das Budget mit 50 gegen 2 Stimmen. In der Deputiertenkammer war die Sitzung sehr stürmisch; Brofferio schlug eine Tagesordnung dahin lautend vor, das Personal des Justizministeriums möge geläutert werden. Siccardi sprach dagegen.

Triest, 2. Februar. Wochenmarktericht: Kaffee lebhaft. Rio 34 bis 38. Domingo 36 bis 39. Zucker, weiß Bahia 14, Tago 14. Baumwolle flau, Preis ziemlich fest. Amerikanische 56 bis 57. Waco 56 bis 57. Dele fest. Süßholzwurzel begehrt. Getreide flau.

Uebersicht.

Breslau, 3. Februar. Die Berliner Korrespondenzen und Journale beschäftigen sich zumeist mit dem Brande des Kroll'schen Establishments. Dasselbe ist vorgestern um die Mittagszeit ganz niedergebrannt. Das Feuer ist nicht, wie es ursprünglich hieß, durch das Springen einer Gaskugel, sondern durch eine Unvorsichtigkeit beim Anzünden des Kronleuchters in der Mitte des Königszimmers veranlaßt worden. Das Lokal ist nur mit 80,000 Thaler versichert. Ausführliche Details theilen wir unten mit.

Durch allerhöchste Kabinettsordre vom 25. Januar ist der Prinz von Preußen von der bisherigen Befehlshabung über das Garde-, zweite, dritte und vierte Armeekorps entbunden, und ist das Garde- und dritte Armeekorps dem Ober-Kommando in den Marken untergeordnet worden. Der Prinz von Preußen hat das Militär-Gouvernement in der Rhein- und Provinz und in Westfalen wieder übernommen. — Diefem Kommando des Prinzen wird in diesem Augenblicke eine wichtige Bedeutung beigelegt. Erkens sind gegenwärtig in der Rhein- und Provinz noch verschiedene größere Truppen-Details konzentriert, und zweitens scheint es sich, wie dem H. C. gemeldet wird, zu bestätigen, daß die Bestimmung dieser Truppen-Abtheilungen in näher Beziehung zu einer Truppen-Aufstellung steht, die zur Sicherung der westlichen Grenzen bei möglichen Eventualitäten vor sich geben soll. Die Aufstellung wird, wie man angiebt, von Aistatt bis gegen Düsseldorf reichen und Frankfurt a. M. und Mainz zum Mittelpunkt haben. Das Schutzherr soll aus 35,000 Defestischen, 35,000 Preußen und 30,000 aus den übrigen Staaten des deutschen Bundes formirt und dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen untergeordnet werden.

In der Sitzung der zweiten Kammer am 1. Februar ist das Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz debattirt worden.

Von dem Abgeordneten Kinde (zweite Kammer) wird nächstens ein Antrag eingebracht werden: „auf Niederlegung einer Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes bei der drohenden Stellung der österreichischen Truppen in Holstein und Hesse.“

Graf Arnim soll an Stelle des Grafen Bernstorff als Gesandter nach Wien gehen.

Nach einer Mittheilung der D. A. Z. dürfte die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland schon mit Nächstem bevorstehen. Diese Centralgewalt würde ganz unabhängig von den Dresdener Verhandlungen die Bundesgeschäfte einweilen in die Hände nehmen und in allen dringenden Fällen sofort eintreten. Die provisorische Centralgewalt wird nur aus den beiden Großmächten Oesterreich und Preußen bestehen, und nur bis April oder Mai eingelegt werden.

Aus Hamburg wird gemeldet, daß die Bundes-Kommission vorgestern nach Kiel abgereist sind, um die neue Regierung für Schleswig-Holstein einzusetzen. Als Departements-Chefs werden fungiren: Baron Heineke, Inneres; Syndikus Prehn, Finanzen; Malmros, Justiz; Heingelmann, Kultus. — Die schleswig-holsteinischen Kassenanweisungen sind von der dänischen Regierung anerkannt worden.

In Kassel bereitet sich eine Emigration vor. Vier kurhessische Bataillone haben am 31. Januar Marschordre erhalten. Ein weiteres Kriegesgericht ist in Bildung begriffen.

In Karlsruhe ist der Kriegszustand auf 4 Wochen verlängert.

Aus Paris wird von der bevorstehenden Rekonstitution der früheren Majorität der National-Versammlung und von der günstigen Aussicht auf die Verlängerung der Präsidialgewalt geschrieben.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Schluß der 17ten Sitzung.

Den Bericht in unserer gestrigen Nummer über die gestrige Sitzung der zweiten Kammer vervollständigen wir noch dahin:

Nach dem Schluß der Diskussion erhält der Abg. Graf v. Arnim das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Wenn der Redner ausgesprochen hat, daß er auf dem Boden des Eides vom 6. Februar stehe, so wird es für mich und meine Genossen eine solche Erklärung nicht bedürfen. Aber ich fordere den Redner auf, mir nachzuweisen, daß es auf eine Verletzung der Verfassung hinausgehe, wenn man sagt, daß ein Gesetz, wie dieses, noch nicht an der Zeit sei, während die Verfassung an noch mehreren anderen Stellen verletzt wird, die bis jetzt noch nicht erschienen sind. Ferner ist angeführt worden, es sei hier nur der Zweck gemeint, einen Wendepunkt anzudeuten und nicht auf das Gesicht des Gesetzes einzurücken. Ich wünsche sehr, daß diese Worte auf das Gesicht des Gesetzes einwirken mögen; ich traue ihnen diese Kraft nicht zu, aber es soll mich freuen, wenn Andere sie darin finden. Es ist wohl meine Ansicht gewesen, auf das Gesetz einzurücken. Wenn man aber sagt, daß dies ein Verfahren sei, welches an einer andern Stelle vorgubringen war, so wird man zugeben müssen, daß dieser formelle Einwand gegen den materiellen Gegenstand weit zurücksteht.

Der Präsident bemerkt dem Redner hierauf, daß er die Schranken einer persönlichen Bemerkung bei seiner Erwiderung übertritten habe, worauf von der linken Seite des Hauses ein Bravo erschallt.

Nach zwei kurzen persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Kleff und v. Weyerach wird zur Abstimmung geschritten. Die Amendements des Abg. Grafen v. Arnim, so wie des Abg. v. Brauchitsch werden verworfen, dagegen die §§ 7, 8 und 9 nach den Kommissionsvorschlägen angenommen. Sie lauten:

§ 7. Der Antrag auf Anlage eines Ministers muß schriftlich eingebracht werden und in der ersten Kammer wenigstens von fünf und zwanzig, in der zweiten wenigstens von fünfzig Mitgliedern unterzeichnet sein. Der Antrag muß eine genaue Bezeichnung der Thatfachen, welche dem Minister zur Last gelegt werden, und der Gesetze enthalten, welche die Strafbarkeit der Handlung und die Infraktion der Kammer zur Erhebung der Anlage begründen.

§ 8. Der Präsident der Kammer verfügt die sofortige Mittheilung des Antrages an den betreffenden Minister, und bestimmt, unter Freilassung von wenigstens acht Tagen nach derselben, den Sitzungstag, an welchem der Antrag auf die Tages-Ordnung kommen soll.

§ 9. Wird die Verweisung an einen Ausschuss beschlossen, so wählt die Kammer in einer Plenarsitzung durch absolute Stimmenmehrheit die Mitglieder des Ausschusses.

Derselbe muß in der ersten Kammer aus wenigstens fünf, in der zweiten aus wenigstens neun Mitgliedern bestehen.

Diesem, welche den Antrag auf Anlage unterschrieben haben, können nicht Mitglieder des Ausschusses sein; sie können aber von dem Ausschusse gehört werden, um nähere Mittheilungen zu machen.

Demnach schließt der Präsident die Sitzung um 3 1/2 Uhr und beaumt die nächste Sitzung auf Montag Mittag 12 Uhr an.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des obigen Gesetzes Entwurfs.

Berlin, 2. Februar. Auf den Bericht vom 8. Januar 1851 genehmigt die Einrichtung einer Handelskammer für die Stadt Posen. Die Handelskammer soll aus neun Mitgliedern bestehen, für welche neun Stellvertreter gewählt werden. Zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder und Stellvertreter sind sämtliche Handels- und Gewerbetreibende des Stadbezirks berechtigt, welche in der Steuerklasse der Kaufleute mit kaufmännischen Rechten Gewerbesteuer entrichten. Im Uebrigen finden die Vorschriften der Verordnung vom 11. Februar 1848 über die Einrichtung von Handelskammern Anwendung. Dieser Erlaß ist durch die Gesessammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Charlottenburg, den 20. Januar 1851.

Friedrich Wilhelm.
von der Heydt.

An
den Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten.

Angekommen: Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich sächsischen Hofe, Graf von Galen, von Dresden.

Berlin, 2. Februar. Die zweite Kammer hat bei der Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1849 und 1850 die Ansicht ausgesprochen, daß es angemessen sei, die Kreis-Sekretäre mit den Regierungs-Sekretären gemeinschaftlich in Gehalt rangiren zu lassen und deshalb die Gehälter der Ersteren auf die Etats der Regierungen zu bringen. Es ist im Ministerii des Innern dieser Kammervorschlag reiflich geprüft worden, und man hat, abgesehen von andern Schwierigkeiten, in Rücksicht darauf, — daß 1) der eigentliche Zweck der vorgeschlagenen Veränderung, das Einkommen der Kreis-Sekretäre zu verbessern, nur sehr unvollständig würde erreicht werden, weil die Erhöhung ihrer Befoldungen erst bei eintretender Erledigung der mit hohen Gehältern dotirten Regierungs-Sekretäre stellen und auch dann nur in geringem Umfange erfolgen kann; daß 2) diese Maßregel eine Unbilligkeit gegen die Bureaubeamten der Regierungen, die keineswegs so hoch befördert seien, involvire, daß 3) die in kleinen Städten angestellten Kreis-Sekretäre viel billiger leben können, als die Regierungsbeamten — sich gegen die vorgeschlagene Einrichtung entschieden. — Da aber die Verbesserung des meist sehr geringen Einkommens der Kreis-Sekretäre als dringend notwendig erscheint, so beabsichtigt man die Kreis-Sekretär-Befoldungen auf durchschnittlich 530 Rthl. zu bringen und demnach eine Abstufung einzuführen zu lassen, nach welcher 800 Rthl. das Maximum, 400 Rthl. das Minimum des Gehalts für Kreis-Sekretäre sein soll. Nach einer aufgestellten Berechnung würde zu dieser Gehaltsverbesserung eine Summe von 25600 Rthl. erforderlich sein, zu einer so bedeutenden Mißrausgabe schon für das laufende Jahr konnte man sich aber nicht entschließen und so begnügte man sich zu dem in Rede stehenden Zweck in den Etat pro 1851 eine Summe von 9500 Rthl. in Ansatz zu bringen.

[Der Brand des Kroll'schen Lokales.] Berlin, verschiedentlich Deutschlands schönste und großartigste Vergnügungs-Lokal, ist nicht mehr. Gestern in noch nicht drei Stunden war das Prachtgebäude in Asche gelegt, und was noch kurz zuvor stolz emporragte, lag schnell in Schutt und Trümmern. Der Kroll'sche Saal, welcher dem Vergnügen der Einwohner fast sieben Jahre gedient hatte, zeichnete sich durch die Mannigfaltigkeit der darin gewährten Genüsse, wie bekannt, stets vorthellhaft aus; seine Weihnachts-Ausstellungen hatten sich, namentlich seitdem Hiltl sie angeordnet und geleitet, einen weltverbreiteten, wohlverdienten Ruf erworben, und die jüngste, „die Wanderung des Gedanken“, eine solche Schaustellung erregt, daß die Dekoration auch dann noch erhalten wurde, als Herr Cassidy ein Ciclorama des Ohio und Mississippi dort ausstellte. Und selbst! Wie viel und gern gesehenen Schaustellungen wurden Veranlassung zu der Feuerbrunst, welche das ganze schöne Bauwerk veräscherte.

Am 19. Januar wurde das vorgedachte Ciclorama zum ersten Male hier gezeigt. Die wackere Wirthin des Lokals, Fräulein Auguste Kroll, welche seit dem Tode ihres Vaters, des Gründers des Lokals, dem Lokale mit großer Umsicht vorstand, hatte, um die interessante Schaustellung auch den Schulkindern zugänglich zu machen, gegen sehr ermäßigte Preise, an den Mittwochs- und Sonnabends-Nachmittagen außerordentlich billige Vorstellungen ausschließlich für die Kinder veranstaltet. Der Andrang war so groß, daß schon am vorigen Mittwoch, der Ueberfüllung ungeachtet, viele Schüler und Schülerinnen unverrichteter Sache zurückkehren mußten, und nun am gestrigen Nachmittage mit andern Kindern den veräumten Genuß nachholen wollten.

Es war, obgleich der 1. Februar, ein schöner, milder, sonnenheiter Nachmittage. Von 12 Uhr an wanderten die aus dem Norden der Stadt herkommenden Schulen rüstig dem fernem Ziele, dem Erzerplatz vor dem Brandenburger Thor, zu. Eine Mädchen-Schule war schon eingetreten, der Hauptlehrer an der Kasse mit Regelung der Eintrittsgelder beschäftigt, eine andere Knaben-Schule (die Johanne) in äußerster Spannung nachzufolgen, als plötzlich ein Diener mit dem Schreckensruf: „Der Saal brennt!“ hereinstürzte, und die Mädchen und Knaben, in wilder Hast, auseinanderstoben. Glücklicherweise ist hierbei auch nicht der geringste Verlust zu beklagen.

Der Saal brannte auch in der That, nach 12 1/2 Uhr Mittags war das Feuer ausgebrochen. Die Weihnachts-Dekoration war in der, dem Erzerplatz gegenüber belegenen Wand noch erhalten. Die Besucher werden sich erinnern, daß hier die Baukunst und die Technik durch Genien verfinnlicht waren, welche die acht Säulen-Ordnungen trugen. Bei dem Anzünden des prächtigen Kronleuchters im Kronenleuchter war man mit der, auf einer hohen Stange befindlichen anzuenden Spiritusflamme, einer der Genien, aus Holz und Leinwand, zu nahe gekommen, und in einem Nu verbreitete sich die rasende Flamme durch den ganzen, großen Saal, welcher durch die massenhafte Ausbreitung von Holz, Mouffeline, Kattun, Leinwand und vielen Farben einen furchtbaren, unaufhaltbaren Brennstoff barg, während die zinnernen, durchweg verbreiteten Gasköcher den Flammen nicht nur nicht widerstehen konnten, sondern sie in entsetzlicher Weise nährten: eine Warnung, minder feuerfeste Gebäude überhaupt nicht aufzufuhr mit Gasbeleuchtung zu speisen. An Rettung und Vergung war, unter solchen Umständen, nicht zu denken. Obgleich die umfassendsten Löschanstalten getroffen, die Dampfpritze aufgefahren war und Windstille herrschte, war das Schicksal des Gebäudes so schnell entschieden, daß nicht einmal die Wirthin und ihre, bei ihr wohnenden Geschwister ihre Kleidungsstücke retten konnten. Ein bitterer Dualismus wirkte aus allen Theilen hervor, die Flammen schlugen überall hervor. Das Ciclorama, die langjährige Arbeit eines thätigen Künstlers, sein Broderwerb und seine Freude, ist zum größten Theile zerstört. Der Verlust ist, wie es scheint, unersetzlich und daher doppelt beklagenswerth. Diefem Verlust reißen sich die zahlreichen eleganten Mobilien des Saales und die trefflichen großen Bilder des Königsraums an. Die Fenster waren unter furchtbarem Geprell bald gesprungen, Glas und Stein stiegen durch die, mit Rauch und Glut erfüllte Atmosphäre, ja nahestehende Bäume fingen Feuer und muß-

ten, da das Wasser überhaupt nur schwer herangeschafft werden konnte, niedergeworfen werden.

Der Königsaal und das Innere der beiden hochragenden Thürme lagen zunächst in Asche, auch aus dem linken Flügel und dem rechts belegenen Pavillon loderten die zerstörenden Flammen so gewaltig, daß schon nach einer Stunde, um 1 1/2 Uhr, die ganze Front einem Feuermeer gleich. Eine halbe Stunde darauf waren beide Thürme ausgebrannt und zeigten nur noch die äußere Gestalt. Die beiden Seitenflügel und die Mitte brannten schnell nieder und auch die Balken-Keller wurden ein Haub der Flammen. So sind also nur die Umfassungs-Mauern geblieben, ein Bild der vergangenen Größe und Schönheit!

Ein schrecklich-schönes Schauspiel hatte dieser große Brand den zahllosen, auf dem Plage geschaarten Anwesenden und herzugeströmten Neugierigen geboten. Das schöne Wetter und die Mittagszeit hatte Alles hinausgelockt, dicke Scharen Fußgänger strömten durch die Linden zum Brandenburger Thor hinaus, Wagen an Wagen, Droschke an Droschke fuhrn, wie es eben die Umstände erlaubten, der Brandstille zu, welche alsbald von den eiligt herzukommenden Garde-Mann und Schutzmännern abgesperrt wurde. Gegen 3 Uhr hatte man das Gebäude bereits aufgegeben und die naheliegenden Theile des Thiergartens geschloß, gegen 3 1/2 Uhr war das Kroll'sche Lokal nicht mehr. Noch nicht drei Stunden hatten also hingereicht, den Prachtbau in Asche zu legen.

Mit Bliggeschwindigkeit hatte dieser große Brand den zahllosen, auf dem Plage geschaarten Anwesenden und herzugeströmten Neugierigen geboten. Das schöne Wetter und die Mittagszeit hatte Alles hinausgelockt, dicke Scharen Fußgänger strömten durch die Linden zum Brandenburger Thor hinaus, Wagen an Wagen, Droschke an Droschke fuhrn, wie es eben die Umstände erlaubten, der Brandstille zu, welche alsbald von den eiligt herzukommenden Garde-Mann und Schutzmännern abgesperrt wurde. Gegen 3 Uhr hatte man das Gebäude bereits aufgegeben und die naheliegenden Theile des Thiergartens geschloß, gegen 3 1/2 Uhr war das Kroll'sche Lokal nicht mehr. Noch nicht drei Stunden hatten also hingereicht, den Prachtbau in Asche zu legen.

Ein Blick auf die schaurige Brandstätte zeigt uns, was wir verloren haben. — verloren haben. Das großartige Lokal, eine Zierde der Residenz, hatte in dieser auch einem oft beklagten Uebelstande abgeholfen, und es fehlte vorläufig ein Lokal, das, wie das Kroll'sche, mehrere Tausende zu fassen vermochte und in welchem 1500 Personen an Tafeln sitzen konnten. Der Vorstand der polizeimässigen Gesellschaft hatte noch am vorigen Mittwoch über sein am 26. d. M. zu gebendes Jahresfest Vertrag geschlossen — das Feuer hat auch dieses Fest gekostet.

(Sp. 3.)

Wir lassen nun noch den polizeilichen Bericht folgen, welcher über manche wichtige Einzelheiten authentische Auskunft giebt:

Das schöne großartige Kroll'sche Establishment, diese Zierde unserer Residenz liegt in Asche, nur die Brandmauern sind stehen geblieben. Gestern um die Mittagszeit sollte das interessante Riesen-Ciclorama der Mississippi- und Ohioflüsse des Hrn. Cassidy einigen Schulen gezeigt werden. Schon waren Hunderte von Kindern in froher, gespannter Erwartung auf dem Wege nach dem Thiergarten, als der gewaltige Feuersturm zur Stadt dringt. Im schönen Königsaal war, wie bis jetzt berichtet wird, ein Kellner mit dem Anzünden von Gasflammen, welche an schwebenden Figuren angebracht waren, beschäftigt. Mit der an einer langen hint- und hersehenden Stange angebrachten Spirituslampe soll man einer solchen Figur zu nahe gekommen sein, sie brannte an — und das Unglück war geschehen. Innerhalb einer Stunde stand das ganze Gebäude in Flammen, vom Mitteltrakt ausgehend, und an Rettung desselben war bei der großen Menge so leicht brennbarer Stoffe nicht zu denken. Das Kunstwerk des Hrn. Cassidy soll theilweise vernichtet sein, so auch fast sämtliche Utensilien bis auf das bedeutende Silberzeug, das noch zu retten möglich war; auch die Weinvorstände sind zum größten Theil erhalten worden. Die umfassendsten Rettungsanstalten wurden von allen Seiten um das freigelegene Gebäude getroffen, allein sie vermochten dem wogenden Feuermeer wenig Einhalt zu thun. Obwohl fast völlige Windstille war, wogten die Rauchmassen doch hoch nach allen Seiten hin. Die Aussenfläche des Gebäudes ward vom Feuer zulezt, jedoch auch mit solcher Gewalt erfaßt, daß an eine Rettung nicht zu denken war. Die schöne Ausstellung, aus der Weihnachtszeit herrührend, ist natürlich auch vernichtet und die Wanderung des Gedanken hat den Wanderungen des wüthenden Elements weichen müssen. Das Gebäude soll mit 80,000 Thlr., die Utensilien zu jedoch gar nicht versichert sein. Menschenleben sind, so viel bis jetzt bekannt, dabei nicht zu beklagen. Wäre jedoch das Feuer nur einige Zeit später ausgebrochen, so hätte leicht das Leben vieler Kinder in die größte Gefahr kommen können.

Die „Post. Ztg.“ schreibt: „Unsere Stadt hat einen großen Verlust zu beklagen. Das schöne Kroll'sche Lokal, diese Zierde unserer Residenz, ist gestern Mittag ein Raub der Flammen geworden. Kaum die äußersten Brandmauern sind stehen geblieben. Das Innere des Gebäudes ist bis auf den Erdboden niedergebrannt. Nur der gewaltige Keller, in welchem sich das Weinlager des Stadtraths befand und der nach der Abendseite belegene Thurm mit einigen in der zweiten Etage belegenen Gemächern sind durch die angestrengten Bemühungen der Feuerlösch-Mannschaften erhalten worden. Das in der Nähe des legenden Beerse'schen Establishments, der Gasometer, das Treibhaus und die Nebengebäude sind vollständig unversehrt geblieben. Zwei Stunden reichten hin, um dieses großartige Schöpfung in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Trotz des hellen Sonnenscheins waren die Flammen weit hin sichtbar und eine furchtbare Rauchwolke wälzte sich zum Himmel empor. Im Anfang des Brandes, als noch alle Theile des Gebäudes zu erkennen waren und die Flammen aus allen Fenstern hinausgeschlugen, bildete namentlich der Königsaal mit seinem waltenden Feuermeer, in welchem man einige Augenblicke hindurch noch deutlich die Bildnisse Sr. Majestät des Königs und Ihrer Majestät der Königin erkennen konnte, einen furchtbaren schönen Anblick. Unbeschreiblich imponant

war aber der Augenblick, als die Decke des Königsaltares brennend einfiel und die Flammen zum Hofe emporstiegen. Am Abend war der Brand fast vollständig erloschen und nur der südliche Theil des Gebäudes war noch hell erleuchtet. Mit dem Einstürzen ist auch das ganze Inventar mit fast sämtlichen Habseligkeiten der Einwohner vernichtet worden, da der Brand mit einer solchen Schnelligkeit um sich griff, daß ein Retteu gar nicht zu denken war. Es ist nur ein kleiner Theil des Silberzeuges gerettet und das bedeutende Weinlager konnte nur dadurch dem Verderben entzogen werden, daß man ein Loch in die Fundamentmauer schlug und in solcher Weise in das Lager einen Eingang erhielt. Hunderte von Weinsäcken, namentlich von Champagner, waren aber bereits so heiß, daß der Wein förmlich kochte. Die Flaschen wurden unter militärischer Bedeckung im Freien aufgeschüttet. Namentlich beklagt man auch den Verlust des schönen Riesens-Epigramms der Mississippi- und Ohio-Riesse des Herrn Cassin, welches vollständig vernichtet ist und unerschuldeter Weise die Entfaltung des Feuers herbeiführt hat. Um die Mittagszeit sollte nämlich das Epigramm wiederum einigen Schulen gezeigt werden. Schon waren Hunderte von Kindern um das Lokal versammelt und hatten den Eingang. Der Kellerlöcher war beschäftigt den Kronleuchter im Königsaal anzuzünden, in welchem sich noch die schöne Weihnachts-Ausstellung des Herrn Hilt befand, damit die Kinder beim Eintritt das Lokal erleuchtet finden sollten. Wie gewöhnlich bediente sich derselbe hierbei einer Spirituslampe, welche sich auf einer langen Stange und herabhängenden Stange befand. Unglücklicherweise kam er mit der Lampe einer der schwebenden Figuren zu nahe, welche dazu dienen, um bei der „Wanderung des Gedankens“ schwebende Säulen in der Luft zu tragen. Die Drapperie der Figur saßte Feuer und in wenigen Sekunden züngelten die Flammen an allen Wänden des mächtigen Saales entlang, da solche mit einer Menge leicht brennbarer Stoffe, namentlich gefirnister Leinwand, bekleidet waren. Der Feuererfösch vergeblich nach allen Enden, da die kleine Hausstange mit solcher Macht entzündete Elemente gegenüber machtlos wirkte, und ehe es möglich war aus der Stadt die Spritzen herbeizuschaffen, war das Unglück längst geschehen. Die zahlreichen Schapparate, welche das Gebäude in verhältnismäßig kurzer Zeit umgaben, vermochten nur die Nebengebäude zu retten und mußte man dem eigentlichen Brande mit stummer Resignation zusehen. Der Regierungsrath Lüdemann, als Stellvertreter des noch immer nicht ganz wiedererwachten Herrn Polizeipräsidenten und der neu ernannte Branddirektor Scabell, leiteten die Löschaktionen persönlich, und namentlich ihren Bemühungen ist es zu danken, daß noch Einiges gerettet wurde und Niemand zu Schaden gekommen ist. Sobald sich die Kunde des Brandes in der Stadt verbreitete, wogen dicke Menschenmassen bis zum späten Abend zum Brandenburger Thore hinaus, um dem erhabenen Schauspiel zuzusehen. Durch Schumannschaften und Militär wurde die Brandstätte aber sofort abgesperrt und wurden die gereizten Massen, namentlich das Weinlager sicher gestellt. Unter den Anwesenden bemerkte man auch Ihre königl. Hoheiten die Prinzen von Preußen, Karl und Albrecht, den General von Brangell, die Minister v. Westphalen und v. d. Heydt. Der Schade, welcher der Besitzerin des Lokals erwachsen ist, ist ein sehr bedeutender, da die sämtlichen Gebäude und das Inventarium nur mit 80,000 Thlr. bei der Leipziger Gesellschaft versichert sein sollen, wofür natürlich das großartige Lokal nicht wieder hergestellt werden kann. Das Weinlager des Herrn Süßfeld, welches, wenn auch zum großen Theil gerettet, doch stark gelitten hat, ist völlig unversichert. Ein Menschenleben ist bisher nicht zu beklagen, nur ein Schornsteinsteiger und zwei Leute der Löschmannschaften sind ganz leicht beschädigt. Am Abend verbreitete sich das Gerücht, es würden zwei Gattlergefellten vermisst, welche im Lokal beschäftigt waren, und zur Zeit des Brandes in solchem Mittagsruhe gehalten haben sollen. Doch ist dieses Gerücht bis jetzt völlig unbegründet. Wäre der Brand eine halbe Stunde später entstanden, dann wären Hunderte kleiner Kinder in dem Lokal verammelt gewesen und es wäre ein größliches Unglück geschehen. Glücklicher Weise ist solches vermieden worden.

In der Central-Budget-Kommission hat sich die Opposition gegen die Höhe des Militär-Budgets erhoben und dringt auf Ersparnisse. Die Antzige gehen dahin, das ordinarium auf 1850 zurückzuführen und das extraordinarium zu streichen. Das Hauptmotiv lautet: daß die Steuerkraft des Landes überspannt wird, anderweitige Entwicklungen der Nationalwirtschaft zurückgehen müssen und dieser beschränkte Frieden und täglich tiefer in Schulden flüht. Ferner ist bemerkt worden: daß das bestehende System sich bei der jüngsten Mobilmachung in Bezug auf Ausrüstung und Schlagfertigkeit, sei es durch Fehler der Organisation oder der Ausführung, nicht so vortrefflich, als es gegessen wurde, bewährt hat. Kürzere Dienstzeit, erweiterte Zulassung von Freiwilligen auf eigene Kosten, wurden beantragt. Die Ablehnung dieser Anträge erfolgte mit 9 Stimmen gegen 7, allein das Resultat bleibt, daß die Volkserziehung diese eisenhafte Ausgabe näher ins Auge fassen, und den Etat nicht eios in calculo prüfen will. Aller Anfang ist schwer, die Debatte jedoch werden weiteren Kreisen Aufklärung verschaffen und der Partei, welche die Ausgaben den Mitteln der Nation anpassen will, neue Kräfte zuführen.

(Conf. 3.)

Von manchen Seiten hört man jetzt Zweifel darüber äußern, daß das Gesetz wegen Aufhebung der Grundsteuer-Be-freiungen zur Ausführung kommen werde. So viel man er-fährt, hat noch neuerdings das Finanzministerium mit dem Mi-nisterium für landwirtschaftliche Angelegenheiten über die Aus-führung dieses Gesetzes korrespondirt und dem letzteren eröffnet, daß seiner Seite die erforderlichen Einleitungen längst getroffen seien. Auch von dem landwirtschaftlichen Ministerium sind in Folge dessen die General-Kommissionen und Regierungen ange-wiesen worden, den mit der Ausführung des Gesetzes beauftrag-ten Beamten die Einleitung und Vergütung der bei ihnen befindli-chen Schriftstücke, Quittungen, Register, Kauf- und Pacht-An-schläge u. dgl., wenn deren Einsicht bei Ausführung des Gesetzes von Nutzen sein sollte, zu gestatten, auch Abschriften und Aus-züge gegen Erstattung der Schreibgebühren zu erteilen. Eben-so sind die General-Kommissionen untergeordneten Spezial-Kommissionen, Geometer und Boniturs ange-wiesen, den etwa an sie eingehenden Requisitionen um selbstthätige Mitwirkung bei der Grundsteuer-Beräumung überall nachzukommen. (Nat.-Z.)

Graf Spornack wird nicht nach Kopenhagen, sondern in den nächsten Tagen wieder nach Wien reisen, um über die Eröffnungs-gen, die ihm hier geworden, weitere Verabredungen mit dem kaiserlichen Schwager zu treffen. Graf Spornack, der hier mehreren Gesellschaften beigeschlossen hat, ist ein lebhafter Mann in den Biergärten. Seine Sprache ist rasch und er selbst unge-mein beweglich. Dem Anschein nach zog er die Unterhaltung mit Dänen jeder andern vor und beschäftigte er sich viel und auf das Angenehmste mit diesen. (Wof. 3.)

Am 31. Januar 1850 wurde das Werk der Verfassungs-Revision in den beiden Kammern abgeschlossen, worauf am 6. Fe-bruar die Eidesleistung durch Sr. Maj. den König erfolgte. Zur Feier des 31. Januar hatte sich eine Anzahl Abgeordneter im „Hotel du Nord“ am letzten Freitage zu einem Mahle zu-sammengesunden; unter ihnen befand sich auch der jetzt hier an-wesende Oberbürgermeister Grabow aus Prenzlau. Die Haupte-Jahresfeier der Verfassung wird aber am nächsten Donnerstag, den 6. Februar, stattfinden. Inwieweit sich die städtischen Be-hörden dabei betheiligen werden, unterliegt jetzt noch der Be-rathung.

Von Seiten der Linken haben etwa 20 Mitglieder bei der letzten Präsidentenwahl ohne Angabe eines Grundes gestimmt, indem sie nicht gerade gegen den Grafen Schwerin stimmten, aber auch einem anderen Kandidaten ihre Stimme nicht geben wollten, eine Unentschiedenheit, die nicht gerade für einen Abge-ordneten spricht.

Der Antrag des Abgeordneten der zweiten Kammer, v. Vincke, „auf Niederlegung einer Kommission zur Unter-suchung der Lage des Landes, bei der drohenden Stel-lung der österreichischen Truppen in Holstein und Hesse n.“ hat die nöthige Anzahl von Unterschriften gefun-den und wird jetzt in die Kammer eingebracht werden. Da jetzt die allgemeine Stimm im Lande sich so entschieden über die Sicherstellung Preußens gegen jede Ueberumpelung oder Ueber-vortheilung ausspricht, ist der gedachte Antrag auch in der Kam-mer seines Erfolges gewiß. (Spen. 3.)

Die Doppelner Richter vor dem Ober-Tribunal. Die Nat.-Ztg. enthält folgenden Bericht: „Wir haben unsern Lesern versprochen, ihnen über die merkwürdige Verhandlung des Obertribunals vom 20. Januar in der Disziplinar-Untersuchung gegen die Doppelner Richter nähere Details zu geben. Bei der Heimlichkeit des Verfahrens sind uns leider nur geringe Bruch-stücke zugegangen.“

Der Gerichtshof bestand aus den Präsidenten Göge und Busse und 9 Räten, v. Götter, v. Schirke, Wille, L., Deder, v. Bernsdorf, Dr. Meyer, Wogwinkel, Höpke und Kuhlmeier. Als Ankläger fungierte der Ober-Staatsanwalt Bergmann. Ver-theidiger waren die Rechtsanwältin Grelinger und Kahle.

Herr Grelinger erbat sich nach der Eröffnung der Sitzung das Wort zu einem Präjudizial-Einwande. Er protestierte dagegen, daß die Verhandlung, welche am 16. v. M. vor einem Kollegium von 33 Richtern begonnen habe, jetzt vor einem Drittel jener Richter fortgesetzt werde. Es läge in der Natur der Sache, daß mündliche Verhandlungen vor denselben Richtern angefangen und beendet würden. Ueberdies sei die Kombination der Richter-Doppelner Untersuchungen ihrer Connerität wegen schon im Som-mer p. beschloffen, und eben durch Beschluß des Obertribunals vom 8. November p. auf den Antrag des Ober-Staatsanwalts vom 26. Oktober die Verhandlung der Sache vor dem Plenum. Die Angeklagten wären schriftlich vor das Plenum vorgeladen. Dies sei auch dem § 23 des Disziplinar-Gesetzes vom 10. Juli 1849 ganz gemäß, und müsse er bitten, in dieser Sache sich wenigstens an die Regeln dieses Disziplinar-Gesetzes zu halten, keinen Ausnahmegerichtshof zu bestellen. (Man will wissen, daß von den 30 Räten, welche außer den 3 Präsidenten-Mählern, Busse und Göge der Sitzung vom 16. Dezember, wo gegen v. Kirchmann und die andern Richter in Ratibor verhandelt wurde, beizohnten, 12 für den Prinzipal-Antrag des Ober-Staatsanwalts, 18 dagegen votirt haben.) Herr Grelinger be-merkte, er wolle die Unparteilichkeit der anwesenden 11 Herren dadurch übrigens durchaus nicht in Frage stellen, indessen werde es in dieser Sache wohl im eigenen Interesse des Obertribunals liegen, selbst den Schein einer solchen zu vermeiden. — Er so-wohl als die Angeklagten seien am 16. v. M. befragt worden, ob sie in die Ausübung des Amtes willigten? Nimmermehr hätten sie dies gethan, wenn sie damals geahnt hätten, daß die Fortsetzung des Verfahrens vor einem anders komponirten Rich-terkollegium erfolgen werde.

Herr Ober-Staatsanwalt Bergmann bemerkte darauf, daß er selbst den Antrag gestellt habe, die Sache vor dem Plenum zu verhandeln, und stellte dem Gerichtshofe anheim, über seine Kom-petenz zu befinden. Die Kombination beider Sachen sei zwar früher beschloffen worden, eine nothwendige Connerität derselben sei indessen nicht vorhanden.

Nach dem Abtreten der Parteien bejahte der Gerichtshof nach sehr kurzer Berathung seine Kompetenz, und eröffnete diesen Beschluß.

Herr Kuhlmeier, derselbe, welcher als bisheriger Decent der Sache, wie man wissen will, die Beschüsse in dieser unglück-lichen Angelegenheit abgelehrt hat, war auch Referent, und trug ein langes Referat vor. Die Erwartung, zu der unlangbar einiger Grund vorhanden war, es würden die Mitglieder des Kriminalsenats des Obertribunals, insbesondere der bisherige Decent der Sache und der Präsident Göge sich einer Theil-nahme an einem Urtheile enthalten, bei dem es sich zuletzt doch darum handele, ob ihr bisheriges Verfahren gesetzmäßig war oder nicht, ob sie übereinstimmend am 21. Januar p. die Unter-suchung gegen die 5 Richter beschloffen, ob sie dieselben mit Recht am 15. Februar p. ungehört für renitent und unfähig erklärt und deshalb den Grafen Reichenbach seinem ordentlichen persönlichen Richter entzogen hätten — diese Erwartung war nicht in Er-füllung gegangen.

Nach dem Vortrag des Referats ergreift der Oberstaatsanwalt das Wort und beleuchtete speziell das erste freisprechende Erkenntnis des Appellationsgerichts in Ratibor vom 18. Mai p., wie man wissen will vom Präsidenten Wenzel selbst verfaßt. Er war nicht der Ansicht des ersten Richters, daß es den ange-klagten fünf Richtern unmöglich gewesen sei, anders als ge-schehen zu handeln. Er nahm die 4 Positionen jenes Erkennt-nisses durch, wonach es sich frage: 1) hat das Ober-Tribunal einen Befehl nach Doppelner erlassen? 2) waren die Doppelner Richter nach den Gesetzen verpflichtet, diesem Befehle Folge zu leisten? 3) haben die Angeklagten, oder hat einer von ihnen diesem Befehle entgegen gehandelt und 4) wenn dies der Fall gewesen ist, fällt dieses Entgegenhandeln unter den Begriff In-subordination? Von diesen 4 Fragen habe der erste Richter die beiden ersten Fragen bejaht. Derselbe habe zwar angenommen, daß das Ober-Tribunal zu dem Anklagebeschluß vom 19. De-zember 1849, dem klaren Buchstaben des Gesetzes ent-gegen, gesetzlich nicht befugt gewesen sei; und die zweite Frage nur deshalb bejaht, weil die Kompetenz des Ober-Tri-bunals zu prüfen, nicht Sache der angeklagten Richter gewe-sen sei.

Ueber den Beschluß vom 19. Dezember 1849 selbst verzei-terte sich Herr Bergmann nicht weiter. In dessen Beschlüsse hö-herer Instanzen, meinte er, seien für die unteren Behörden Ge-setze. Gehorham sei das erste Gesetz, steht höher als das Gesetz. Ohne Gehorham existire kein Gesetz. — Wenn der erste Richter dagegen die Fragen 3 und 4 verneine, und deshalb die Angeklagten freigesprochen habe, so, meinte der Oberstaats-anwalt, müsse er sie dagegen bejahen. Insbesondere suchte er nachzuweisen, daß das Kreisgericht nicht außer Stande gewesen sei, dem Beschluß vom 19. Dezember 1849 ohne Mitwirkung des Appellationsgerichts in Ratibor weitere Folge zu geben. Das Kreisgericht hätte sich direkt an den Ober-Staatsanwalt Schwarz zu wenden, und von ihm die Anklage mit dem Be-merken zu erfordern gehabt, daß, da das Obergericht renitent sei, das Kreisgericht das Obergericht übergehen könne, um um die Anklage bitte. Dann hätte das Kreisgericht die Anklage erhalten und nun den Grafen R. vor die Waffen stellen können. Aber wäre die juristische Anarchie nicht noch größer geworden, wenn, nachdem das Ober-Tribunal das Gesetz, das Appellationsgericht den Beschluß des Ober-Tribu-nals unbeachtet gelassen, nach dieser Ansicht nun auch das Kreisgericht die Anweisung des ihm unweifelhaft unmittel-bar vorgelegten kompetenten Appellationsgerichts unbeachtet hätte lassen wollen?

Der Ober-Staatsanwalt gab zu, daß die Richter durch das Ober-Tribunal selbst in die unglückliche Lage versetzt gewesen sein, einer Befehle entgegen handeln zu müssen. Dann hät-ten sie indessen nur der obersten Behörde gehorchen dürfen. Wären sie durch unrichtige Schlüsse zu dem entgegengesetzten Re-

sultate gelangt, so läge hierin ein fahrlässiges Urtheilen, wel-ches sie zu einer Insubordination veranlaßt habe, die daher eine fahrlässige sei. Nach § 4 ad 3 des Disziplinar-Gesetzes existire auch ein solches Dienstvergehen. — Herr Bergmann be-antragte deshalb

mit Aufhebung des freisprechenden Erkenntnisses vom 18. Mai v. J. das „Schuldig“ über die Angeklagten auszuspre-chen, und ihnen wegen Renitentz aus Fahrlässigkeit einen Verweis zu erteilen.

Von den Angeklagten selbst ist keine Auslassung erfolgt. Sie gaben ihr Schicksal in die Hände der richtenden Geschichte. — Hr. Kahle dagegen ergriff das Wort für den Kreisrichter Krem-kow. Er bemerkte, daß das Ober-Tribunal selbst alle diese Wir-ken durch überreichte telegraphische Dekrete erzeugt habe; — daß der Richter das unglückliche Geschick wäre, wenn er für jedes Dekret verantwortlich gemacht würde, das ein anderer vielleicht besser machen könne; — bestritt, daß es eine fahrlässige In-subordination gäbe, eben so wenig wie eine „fahrlässige Re-bellion“, schiederte die unglückliche Lage der verfolgten Richter, und beantragte die Bestätigung des ersten Erkenntnisses, da das „Schuldig“ heute zu Tage einer Kassation gleich käme.

Hr. Grelinger sprach sodann für den Gerichtsrath Storch. Sein Klient sei im Dienste ergaut und bisher nur belobt wor-den; jetzt werde er — ein Vater erwachsener Kinder — den letzten als ein gewissenloser Richter gegenübergestellt. Sein Klient möge jetzt haben, das sei möglich, — aber wie oft habe auch das Ober-Tribunal früher verglichenen Zeitläufern zugesandt. Leider sei nicht zu verhehlen, daß der ganze Prozeß dadurch, daß Graf Reichenbach wegen politischer Verbrechen verfolgt worden, und wegen der politischen Willkür des Präsidialpräsidenten v. Kirch-mann einen politischen Charakter erhalten habe; dies sei das Unglück seines Klienten. Nachdem er nochmals im Namen der Gerechtigkeit darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der heute komponirte neue Gerichtshof von verglichenen politischen Mo-tiven abstrahire, daß er — wenn gleich er als Ankläger und Richter daselbst, gewissermaßen selbst Partei sei — gewissenhaft Recht sprechen werde, führte er zum Schluß aus, daß ein Ver-brechen der fahrlässigen Renitentz ein Unbild sei.

Hr. Bergmann debütierte dessen Entfenz abermals aus dem Disziplinar-Gesetz, und verwahrte sowohl sich als das öffentliche Ministerium überhaupt gegen die Annahme politischer Ver-folgungs-Motive.

Beide Defensoren ergriffen nochmals das Wort, aber vergeb-lich. Nach kurzer Berathung erfolgte der Spruch des Gerichtshofes um 4 1/2 Uhr Nachmittags, welcher die angeklagten Rich-ter „Schuldig“ erklärte: der Renitentz aus Fahrlässigkeit, sie insgesamt zu einem Verweise, und zu den sehr bedeutenden Kosten, 2 Richter, v. Ziegels und Kremkow, als besonders gravirt, außerdem zu einer Geldbuße von 15 Thlr. verurtheilt. — Eine Freisprechung der Doppelner Richter wäre eine Verur-theilung der Mitglieder des Kriminalsenats des Ober-Tribunals gewesen; so wünschenswerth sie auch im Interesse der richterli-chen Unabhängigkeit und der preussischen Rechtspflege überhaupt gewesen wäre, so mußte man menschlicherweise sich von dem-herin sagen, daß sie keinesfalls erfolgen werde.

Deutschland.

Hannover, 31. Jan. Es gewinnt doch mehr den Anschein, daß nach den letzten Ratifikations-Unterhandlungen der beiden Großmächte die Einföhrung einer provisorischen Centralgewalt schon für die nächste Zukunft bevorsteht. Diese provisorische Central-gewalt würde ganz unabhängig von den Dresdener Verhandlungen die Bundesangelegenheiten in die Hände nehmen und in allen dringenden oder für die Zukunft gefährdenden Fragen sofort eintreten. Man hält die schnelle Einföhrung weniger durch die innern Angelegenheiten als durch die äußern Ereignisse im Westen geboten, die durchaus keine Garantie für eine Konsoli-dierung geben und besonders ist das Kommerz- und Intelligenz-piel in Paris gar nicht in seinen möglichen Eventualitäten zu berechnen. Die provisorische Centralgewalt wird nur aus den beiden Großmächten Österreich und Preußen bestehen und nur inter-imistisch bis zum 1. April oder Mai eingeföhr werden, bis zu welcher Zeit man mit den Arbeiten in Dresden soweit vorgeschrit-ten zu sein glaubt, um mit der neuen Verfassung hervorzutreten. (D. A. 3.)

Kassel, 29. Jan. Der W.-Z. wird von einer bevorstehenden nicht unbedeutenden Emigration geschrieben. Es sind nicht Erwerbslose, nicht Sklaven, auch nicht Ständesherren, die eine Colonisationsherfchaft gründen wollen, sondern Angehörige des wohlhabenden Theils der hiesigen gebildeten Bürgerfchaft, welche den heimathlichen Heerd und ihren mannigfachen Besitz im Kur-Staate verlassen wollen.

Karlruhe, 31. Januar. Kriegszustand und Stand-recht sind durch großherzogliche Verordnung von gestern auf weite-re vier Wochen verlängert worden.

Darmstadt, 30. Januar. Unter den in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verlesenen Eingaben, hob sich der Antrag des Abg. Hoffmann auf Aufhebung der Familien-Idelformisse, welche die Reichs-Versammlung der Gesetze-bung der Einzelstaaten überlassen habe, hervor. (D.-P.-Z.)

Vom Main, Ende Januar. Die „Darmst. Ztg.“ bringt folgenden, in diesem Blatte bemerkenswerthen Artikel: „Mit Vergnügen haben wir gefunden, daß einer der ersten Ab-geordneten zur Zollvereinskongress in Wiesbaden der gro-ßherzoglich hessische gewesen ist. Denn es wäre ein großer Nachtheil für Deutschland, wenn nach den, wie wir hoffen dür-en, glücklich überstandenen politischen Wirren durch eine Auflö-sung des Zollvereins die Finanznoth entstehen würde. Die er-probte Organisation des preussisch-deutschen Zoll-körpers darf nicht beschädigt werden. Man wolle uns nicht mißverstehen. Eine allgemeine deutsche Zollvereinigung ist ein schönes Ideal, wie wir denn auch bis jetzt fast nur schöne Worte darüber gelesen haben. Kann sie zu Stande kommen, so ist sie nur durch Zwang möglich, wie Napoleon die Continentalperre erzog, oder durch jahrelange approximative Unterhandlungen; deshalb sind Besprechungen von technischen Kommissionen, wie sie von der sächsischen Regierung vorgeschlagen sind, recht zweck-mäßig, obschon sie in diesem Augenblicke nichts weiter als Sitzungs-protokolle schaffen werden. Einweisen aber darf man nicht auf-geben, was vollkommen geordnet dasht und tief in die Ver-kehrsverhältnisse vieler Staaten, wie in die Staatsverhältnisse ein-greift. Die letzten Jahre haben leider viel Geld gekostet und fast überall sieht man sich zu Anleihen genöthigt; wie könnte man nun daran denken, sichere Anleihen aufzugeben und sich auf das hohe Meer von Plänen zu versetzen, die höchst unsicher sind? Wie wünschenswerth wäre es für den Zollverein, daß er sich die Staaten des Steuervereins und die Hansstädte gewänne, um im Norden Hamburg und Bremen (deren Konkurrenz von hohem Nutzen wäre) und im Westen Ostende als Zollvereinshäfen für Zn- und Export zu besitzen. Allein es liegen ander-weitige Gründe vor, weshalb wir auch diese Verbesserung des Zollvereins für unumkehrbarlich erachten. Wir wollen einwel-len das Gewisse nicht aufgeben und abwarten, was zunächst in Defensart selbst geschieht. Es ist für die österreichische Gesamt-monarchie ein neuer Tarif entworfen worden, diesen zu begutach-ten sind die Sachverständigen jetzt einberufen, darauf wird er auch noch dem Reichsrathe unterbreitet werden, so daß man noch nicht weiß, wie er definitiv lauten, noch weniger, wann er ein-geführt werden wird. Lieft man die vielen Aufträge zu Gunsten einer allgemeinen Zollvereinigung, so sollte man meinen, Österreich

habe diesen Tarif schon, es sei schon vom Prinzip der Verbots zu dem der Schutzzölle übergegangen. Allein dem ist noch nicht so. Im Entwurfe liegt die Sache vor, eingeföhrt, gesetzlich vor-handen, praktisch unternommen ist noch gar nichts. Erst wenn der neue Tarif rechtlich gilt und die ersten Folgen desselben für die österreichische Gesamtmonarchie erhellen, kann die Rede da-von sein, daß die Zollvereinsregierungen Unterhandlungen an-zufangen. Wie machen hierauf besonders aufmerksam, und mei-nen, daß bei einem im Werden begriffenen österreichischen Zoll-ganzen nur erst sehr weitläufige Annäherungen erfolgen kann. Po-litische Betrachtungen wollen wir außer Augen lassen, bemerken aber schließlich, daß es traurig ist, wenn man entdeckt, wie von einzelnen Seiten nichts unterlassen wird, Thatsachen in ein fal-sches Licht zu stellen und wie man unter allgemeinen Phrasen die eigene Unkunde der Dinge zu verbergen sucht.“

Wien, 30. Jan. (Aus der Landtag) hat heute über die Civilliste beraten. Bei der Vereinigung des Kammervermö-gens im Jahre 1848 war diese Summe auf 280,000 Thlr. festgestellt worden und von dieser Summe erließ der Großherzog aus freier Entschloßung zum Besten des Landes noch 30,000 Thlr. der vom Finanzaußschuß einstimmig gestellte Antrag, die mit 250,000 Thlr. in Anlag gebrachte Civilliste zu bewilligen, wurde einstimmig vom Landtag angenommen. Daneben aber wurde noch von dem Abg. Fries und Genossen der Antrag ein-gebracht, der Landtag möge in Rücksicht darauf, daß dem Lande aus der Vereinigung des Kammervermögens mit dem Landchaffs-Vermögen nicht der erwartete Nutzen erwachsen sei und daß das frühere Kammervermögen durch den unentgeltlichen Wegfall der Realakten, so wie durch die noch vor sich gehenden Abföhrungen nicht mehr in dem entsprechenden Verhältnisse zu den bewilligten Civilliste stehe, das Staatsministerium ersuchen, bei dem Groß-herzog sich dahin zu verwenden, daß die Civilliste auf 200,000 Thlr. herabgesetzt werde. Ein zweiter Antrag des Abg. Alberts und Genossen war darauf gerichtet, den Großherzog zu bitten, daß er für die nächste Finanzperiode (1851—53) auf einen Theil der Civilliste zum Besten des Landes verzichten möge. Von meh-ren Abgeordneten wurde auf das Unpassende und Unzweckmäßige solcher der Würde des Landtags wenig entsprechender Bitten hingewiesen und dann von dem Staatsminister v. Waldorf sehr nachdrücklich auseinandergelegt, warum er bei unserm vor vielen Menschen zum Wohlwollen und zur Gnade geneigten Fürsten seinen ganzen Einfluß gegen die Genehmigung solcher Bitten ge-lendet machen werde. Er warnte vor der heillosen Theorie, die das Privatrecht der Fürsten nicht anerkennen wolle, das doch dem Fürsten gegenüber so gut heilig gehalten werden müsse, wie dem Bettler, und auf das Materielle eingehend, erinnerte er daran, daß ein Nachlaß von der Civilliste doch nur den Steuerpflichti-gen zugutekommen würde, die ihre Steuern immer noch tra-gen können, während durch eine bedeutende Reduktion der Ci-villiste Tausende von Gewerbetreibenden und Nothleidenden Existenz und Brot verlieren müßten. Bei der Abstimmung wurde der An-trag des Abg. Fries abgelehnt, der des Abg. Alberts aber mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen. (D. A. 3.)

Dresden, 30. Januar. Ueber das Schicksal mehrerer beim Maiauffstand Betheiligten bin ich im Stande, Ihnen nähere Mittheilungen zu machen. Unter den neuerlichen Verur-theilungen hebe ich nur die Bestätigung des Todesurtheils von Seiten des Oberappellationsgerichts wider den Rechtskandidaten Haden hervor. Die Behandlung Derjenigen, welche ihre Strafe im Zuchthause verbüßen (ich habe namentlich Röckel und Heub-ner im Auge), wird als eine soweit nur möglich humane von den Sträflichen selbst bezeichnet. Beide füßen sich in die harte Nothwendigkeit ihres Schicksals und suchen die Demüthigung der Sträfungsgrade über die, wenngleich immer beschwerlichen, doch dank-bar anerkannten Vergünstigungen, namentlich in der geistigen Be-schäftigung zu vergessen, die man ihnen verstatet hat. Unter den Gefangenen von Hubertsburg, deren Los sich der Natur der Sache nach weit günstiger gestaltet, ist es namentlich Dr. Herz, welcher Ergebung in das Unabänderliche am schwersten fin-den kann. Mit gebrochener Gesundheit hat er vor einigen Mo-naten das Gefängnis betreten und selbst seine Angehörigen wagen nicht die Hoffnung, daß seine von Natur schwächliche Körperkonstitution, welche durch anhaltende geistige Exaltation noch mehr erschüttert worden, einem zehnjährigen Grame werde widerstehen können. Auch Klette, dem das Ziel der Frei-heit um ein Drittel näher gerückt ist, soll körperlich sehr ange-griffen sein. Ueber die Flüchtlinge in Amerika gab jüngst eine berliner Zeitung nach einem Privatbriefe eine kurze Notiz. Aus einem andern vor kurzem hier eingetroffenen Schreiben kann ich noch mittheilen, daß Munde mit einem leipziger Kaufmann und einem ehemaligen Schützen Schöne Papierballons macht, wodurch die Compagnons ein erträgliches Leben fristen. Der letztgenannte der Drei agit das Abends als Intriguant (?) in untergeordneten Rollen und verdoppelt so seinen Antheil an dem Ballonges-chäfte. Zum Sommer will er mit einem Herrn von Horn, einem Schauspieler aus Sachsen, in Sachen der Kunst nach dem Süden, wenn der Verdienst der Munde'schen Ballonfabrik nicht ausfallen sollte. Der Schreiber meiner Quelle klagt namentlich bitter darüber, daß ihm der Unterricht im Englischen den vierten Theil seines wöchentlichen Einkommens kostet. Als die schönste Hoffnung der weniger bemittelten Flüchtlinge bezeichnet er den einfüßen Besitz einer Farm. (D. A. 3.)

Dresden, 1. Februar. Gestern ist die Uebernahme der sächsisch-schlesischen Eisenbahn Seiten des Staates erfolgt und hiermit zugleich der Betrieb der Kobau-Zittauer Eisenbahn, wel-cher bisher kontraktlich durch die sächsisch-schlesische Eisenbahn-Gesellschaft geführt wurde, auf die Staatsverwaltung überge-gangen. Die sächsisch-schlesische Eisenbahngesellschaft hat sich in dessen Folge aufgelöst. Die Verwaltung der sächsisch-schlesischen und der sächsisch-schlesischen Staats-Eisenbahnen, sowie der Be-trieb der Kobau-Zittauer Eisenbahnen wird von jetzt an un-ter einer königlichen Direktion hieselbst vereinigt werden, deren Hauptgeschäftslokal in dem hierzu vollkommen geeigneten Admini-strationsgebäude der sächsisch-schlesischen Staatsbahn sein wird, während für die noch übrige Zeit des Baus an der sächsisch-schlesischen Staatsbahn ein besonderes Baubureau auf dem lin-ken Elbufer verbleibt. Es versteht sich, daß hiermit eine Ver-änderung über eine ganze oder theilweise Vereinigung der hiesi-gen Bahnhöfe selbst auf keine Weise getroffen wird, vielmehr läßt sich mit Grund erwarten, daß die auf diesen Gegenstand bezüglichen Fragen erst jetzt einer sorgfältigen und allseitigen Prüfung unterliegen werden. (D. 3.)

Hamburg, 31. Januar. Die Abreise der Generale von Mensdorff und von Thümen nach Holstein, um daselbst den Regierungswechsel einleiten zu lassen, wird für morgen erwartet. — Erzherzog Leopold von Österreich, den man hier schon am Tage des Einrückens der ersten österreichischen Truppen gesehen haben wollte, verweilt bislang ruhig in Rabe-burg, kommt aber binnen wenigen Tagen nach Hamburg, wo glauben, es werden im Hotel de l'Europe schon Zimmer für ihn in Bereitschaft gehalten. Am Montag trifft der ganze General-stab Legeditsch's mit dem ersten Eisenbahnzuge von Lüneburg hier ein. — Die Defensart der böhmen sich im Allgemeinen sehr recht gut; sie paroxysmiren viel, werden sehr strenge gehalten, ver-rathen aber doch zuweilen, daß bereits mehr Licht der Zeit in ihre Köpfe eingedrungen ist, als ihren Oberen angenehm sein dürfte. — Mehrere Offiziere lassen ihre Familien hieher nach-kommen, was auf die Gewissheit eines längern Aufenthalts schließen läßt. — Gestern wollte österreichische Mannschaf-t die Wachtposten unserer Bürgergarde am Steinthor ablösen; da letzterer jedoch zum Belassen des Postens keine Ordre zugewo-gen war, so wurde dies zwar höflich, aber ganz entschieden ver-

weigert. Ganz dasselbe geschah, als ein höherer österreichischer Offizier, General Görge's Adjutant, in gleicher Absicht erschien; der befehlgebende Unteroffizier an der Steinhofwache verlangte die Decks seines Obersten und blieb hierbei stehen. Bevor nicht zwischen letzterem und den übrigen Behörden Alles geordnet war, wurde abends das gegenüberliegende Acker-Gebäude angewiesen, welches sie heute Nachmittag bezogen, und so wird man denn von morgen ab am Steinhof wieder einen Doppelposten von Bürgergardisten und fremden Truppen finden. Da das Geschloß der Österreicher in der Nähe steht, war übrigens ihr Verlangen erklärlich.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 29. Januar. Heute Vormittag um 10 Uhr fuhr der Erbprinz Leopold in einem offenen Wagen, in Begleitung eines Adjutanten und Kammerherrn, hier eingetroffen und hat sein Absteigequartier im Hotel des Rathes eingenommen, woselbst auch der General Martini seit acht Tagen seinen Aufenthalt hat. Das ganze Herzogthum Lauenburg ist jetzt von seiner südlichen bis zu seiner nördlichen Grenze, bis nach Lübeck hin, mit österreichischen Truppen besetzt, deren Hauptkräfte sich längs der holsteinischen Grenze hinziehen.

Boizenburg, 28. Januar. Das seit gestern eingetretene stärkere Frostwetter hat abermals eine Unterbrechung in der Eisüberbreitung der österreichischen Truppen hervorgerufen, indem man sich gestern genöthigt sah, die bei Artlenburg geschlagene Brücke des starken Eisganges wegen abzubauen. Es scheint fast, als habe man diesen Fall vorhergesehen oder doch befürchtet, und deshalb in den letzten Tagen Alles befördert, was nur zur Hand war; denn bei uns häuften sich am Sonnabend und Sonntag hauptsächlich die Truppen dermaßen, daß die Brücken kaum wussten, nicht sowohl mit der Mannschaft, als vielmehr mit den Pferden zu bleiben. Wie schon hier seit Freitag theils durch, theils einziehen: eine reitende Grenatierbatterie, eine 12pfündige Fußbatterie, zwei Abtheilungen Kavallerie, eine 6pfündige Kavalleriebatterie und mehrere kleine Abtheilungen Fußvolk. Die Kavallerie, Gebirgsartillerie vom Regiment „Windschütz“, war hier am Sonntag und Montag einquartiert. — Es scheint, als werde die Beförderung bei Artlenburg mittelst Fähre oder von Pontons gebauten Maschinen fortgesetzt, denn so eben trifft wieder Kavallerie von dort hier ein, auch ist für diesen Abend noch Quartier angefragt. Man sagt, es sei diesen Morgen ein Adjutant von Geisvitz hier gewesen, um möglicher Weise ein Arrangement wegen Aufstellung des Hauptquartiers hierseits zu treffen. Da man Mecklenburg bis nach Güstrow hin mit Truppen zu besetzen gedenkt, so ist es wohl möglich, daß uns auch diese Ehre noch zu Theil wird. Nach der Aussage einiger Beurtheiler der preussischen Garde-Pioniere wird ihre Abtheilung wieder auf hier zurückkommen. (B. H. W.)

Lübeck, 30. Januar. Seit dem Durchmarsch des 1. Bataillons „Kaiserregiment“, welches noch immer in unferen an der holsteinischen Grenze gelegenen Dorfschaften einquartiert ist, sind wir von weiteren Durchzügen und der bereits seit mehreren Tagen erwarteten österreichischen Einquartierung in der Stadt selbst freigeblieben. Dagegen häufen sich die Truppenmassen im Lauenburgerischen und unferen daran grenzenden Gebietsstücken immer mehr; zunächst der Stadt liegt das aus Italienern bestehende Regiment „Erzherzog Albrecht“, dessen Offiziere man hier häufig auf Urlaub sieht. (Hamb. N.)

Altona, 1. Febr. Heute Morgen gingen mit dem Zuge ein österreichischer und ein preussischer Offizier als Quartiermacher nach Rendsburg ab. Der letztere war der frühere Kommandeur des 5. schleswig-holsteinischen Jäger-Corps Sandrart; General Wauwitz ging gleichfalls nach Rendsburg. Mit dem heutigen Morgenzuge von Glückstadt sind 750 dänische Kriegsgefangene und circa 10 Offiziere nach Rendsburg gebracht worden. Sie sollen dem Vernehmen nach in Kroppe gegen die in dänische Kriegsgefangenschaft gerathenen Schleswig-Holsteiner ausgewechselt werden. — Zu bemerken ist inbezug, daß ein Hamburger Korrespondent der „N. Preuss. Ztg.“ nur von Auslieferung nicht von Auswechslung der dänischen Gefangenen spricht und bemerkt, daß die Anrede der Auslieferung auf besonderen Wunsch der Kommissare von der Statthalterchaft befürwortet worden sei. — (B. H.)

Die Schleswig-Holsteinischen Kasernen-Anweisungen sind von der dänischen Regierung anerkannt worden. (C. C.)

Kopenhagen, 29. Jan. Nach Kjöbenhavsposten wird der größte Theil der dänischen Armee in nächster Woche nach dem Königreich zurückkehren. Außer der Garde werden 9 Bataillone und 1 Jäger-Corps nach Kopenhagen verlegt werden. (Eine so starke Belegung der Hauptstadt mit Truppen scheint nicht ohne Rücksicht auf etwaige in der nächsten Zeit zu erwartende Eventualitäten angeordnet zu sein.)

Glovposten will wissen, daß Fürst Schwarzenberg dem Grafen Spornack eingeräumt habe, daß der deutsche Bund durchaus keine Kompetenz hinsichtlich Schleswigs bestehe. Was den Bundesbeschluss vom 17. September 1846 betrifft, so soll der Fürst erklärt haben, daß dieser in Kraft bleiben müsse, aber nicht weiter, als was Deutschland hinsichtlich Holsteins als eines deutschen Bundeslandes, mit Rechte beanspruchen könne.

Oesterreich.

N. B. Wien, 2. Febr. [Finanzausweis.] Nach geleitetem Verprechen veröffentlicht die Finanzminister heute den Ausweis für das 3. Quartal des verflossenen Rechnungsjahres.

Die Gesamteinnahme betrug 46 1/2 Millionen fl.

Die Gesamtausgabe betrug 65 1/2 Mill. fl.

Die einzelnen Posten im Vergleich zu den Posten des früheren Quartals, geben mancherlei Belehrung. Die Grundsteuer hat sich um 300,000 fl. vermehrt, die Gewerbesteuer um 250,000 fl., die Einkommensteuer um 300,000 fl. Die Einnahme der direkten Steuern betrug 16 Millionen, gegen 15 Millionen im 2ten Vierteljahre. — Auch die Einnahme aus dem Salzverschleiß zuzurechnen ist, während die Bergwerkssteuer, Tabak, Stempel und Lotto weniger einbrachten. Vom Staatsgeld, Münz- und Bergwerks, Ausgaben der Scheidemünze u. s. w. beträgt die Einnahme 1 1/2 Mill., fast um 200,000 fl. weniger als im vorhergehenden Quartal, welches Defizit durch den Verlust bei den Staatsobligationen und dem Vergleich einlief. — Bei den Ausgaben verminderten sich jene für den Hofstaat um 800,000 fl., für den Ministerialrat um 5000, für Äußerer um 45,000 fl., für das Kriegsministerium um 2 Mill., für das Handelsministerium um 800,000, für das Finanzministerium um 1/2 Mill.; — und erhöhte sich wesentlich nur für das Ministerium des Innern um 600,000 fl. — Die Gesamtausgabe betrug aber dennoch 65 1/2 Mill., wegen der vermehrten Zinsen der Staatsgelder und der Staatsobligationen; also nur 1/2 Mill. Ausgaben weniger als im vorhergehenden Quartal. — Das Defizit wurde zum Theil durch Staatsnoten gedeckt, welche in jenem Quartal in der Summe von 18,918,629 fl. ausgegeben wurden. — Bei den Einnahmen ist als außerordentliche jene der für die Entschädigung mit 2 1/2 Mill. angefragt; — an die Bank wurden 8 1/2 Mill. abgezahlt.

Der ehemalige Reichsminister Decker verweist jetzt hier und wie man vernimmt, soll er in österreichischen Staatsdienst treten.

Gestern hat der FML. Graf Schaffgotsch von dem FML. Wallmoden das Armee-Kommando in Wien übernommen.

Um dem Schmuggel kräftig zu begegnen, wurde beantragt, denselben nicht als Vergehen, sondern als Verbrechen zu behandeln und zu bestrafen.

Prag, 1. Febr. Das k. k. Kriegsgericht auf dem Gradschin publicirt heute folgendes Urtheil: Johann Kutil aus Prag in Böhmen gebürtig, 15 Jahre alt, katholisch, ledig, ohne Profession, wurde wegen öffentlicher Gewalt durch thätliche Widersetzung gegen die Wache, zu 15 Ruthenstreichen verurtheilt, welches Urtheil am 31. Januar kundgemacht und in Vollzug gesetzt worden ist.

Frankreich.

Paris, 30. Januar. [Tagesbericht.] Die Tage folgen, aber gleichen sich nicht. Gestern hieß es; das Dotations-Projekt werde dieser Tage eingebracht werden; heute wird gemeldet, daß der Präsident das Gegenstück beschloß, hat, und zwar aus dem Grunde, weil er eine Frage von solcher Bedeutung nicht durch ein Interims-Ministerium vertheidigen lassen will. Der Präsident werde demnach abwarten, bis sich die Majorität rekonstituiert hat, und er ein parlamentarisches Ministerium gebildet haben wird. Wie es scheint, hat eine Combination Odilon Barrot die meisten Chancen, und man erwartet, daß dessen Verantwortung die Dotation sichern wird, die übrigens auf 1,500,000 fr. reduziert werden soll. — Es ist dies eine Angelegenheit! — soll Bonaparte gesagt haben — die für parlamentarische Minister keine Schwierigkeiten haben darf, die aber für Minister, welche nicht der Versammlung angehören, sehr viele haben kann. Lassen wir sie daher den Herren Odilon Barrot und L. Faucher.

Ich kann Ihnen im Uebrigen mittheilen, daß man sich im Elysee so einzurichten anfängt, als wollte man sich auch ohne die Dotation behelfen. Von den 40 Pferden in den Ställen werden 22 fortgeschafft, und analoge Beschränkungen werden auch bei der Dienerschaft und des Hauses vorgenommen. In jeder Woche gab es eine Soiree und einen Ball; man wird fortan nur eine Soiree geben. Diese Dekonomie ist bedeutend, denn den Wällen folgte jedesmal ein Souper, das sehr theuer war; die Ersparnisse wurden so reichlich geboten, daß von einer Rechnung von 30,000 fr. bloß für Eis die Rede ist. Die Soireen im Gegentheil lassen sich sehr billig veranstalten. Beleuchtung und Beheizung liefert das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, und diese beiden Dinge machen die meisten Kosten. Was das Uebrige anbelangt, so wird man sich schon einzurichten suchen. — Es wird etwas trübe sein, aber an Republique comme en Republique! — bemerkt Jemand, als von dieser neuen Ordnung die Rede war.

Was die Situation im Allgemeinen anbelangt, so glaube ich sie kurz so zusammenfassen zu können: Man hat einen entschiedenen und verzweifelter Angriff gegen den Präsidenten unternommen, er ist mißglückt. Dieser Anstrengung ist nun eine außerordentliche Bestärkung gefolgt, die Herrn Guizot jenes geistreiche Wort eingegeben: „Hier Thiers hat die Schlacht gewonnen und seine Armee verloren“, und so zeigt man sich jetzt sogar geneigt, auf die Verlängerung der Präsidialgewalt einzugehen. Der Präsident steht die Anzahl der ihm treu gebliebenen 286 wachen und das Wort „Verlängerung der Gewalt“ wird bereits mit vielem Vertrauen ausgesprochen. Die Gewalt der Verhältnisse scheint auch in der That auf eine solche Verlängerung hinzuweisen, doch dürfen vorher im Schooße der Majorität noch manche Stürme vorkommen.

Und da ich gerade von Stürmen rede, so will ich auch die heutige Sitzung der National-Versammlung erwähnen, die ganz unerwartet einen stürmischen Charakter angenommen hatte. Ein Repräsentant von der Linken, Herr Laboud, brachte eine sozialistische Proposition ein und begründete sie auch im höchsten Grade sozialistisch. Durch die H. P. Peupin und Wolowski kräftig zurückgewiesen, erlag er seiner eigenen Dummheit, als Herr de Montjou zu seiner Unterwerfung herbeieilte. Aber auch dieser wurde durch den General Lamoriciere zurückgeschlagen und die Versammlung, welche, wie der antike Chor den Dialog des Redners häufig unterbrach, beschloß zuletzt die Fortsetzung der Debatte auf morgen. Die Proposition wird ganz sicher verworfen, aber es machte sich das Verlangen geltend, noch einmal eine etwas lebhaftere Sitzung zu haben.

In dem Personal der Präfecturen und Unter-Präfecturen werden große Veränderungen vorbereitet. Es versteht sich von selbst, daß Jeder, der dem Elysee nicht die sicherste Bürgschaft seiner Gefinnung bietet, auf die Liste der „Zurückgestellten“ gesetzt wird.

Paris, 31. Jan. [Tagesbericht.] Am 25. Mai 1848 hatte die konstituierende Versammlung eine Untersuchung über die Lage der Industrie und des Landbaues angeordnet. Es waren 29 Fragen aufgestellt und den 2847 Friedensrichtern des Landes zur Beantwortung vorgelegt worden. Jeder dieser Richter sollte eine Central-Kommission befragen, welche aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitenden bestanden und die nöthigen Nachweise liefern sollte. 770 Kantone haben den Aufruf der Konstituante gar nicht beantwortet; 2077 haben ihre Protokolle der legislativen Versammlung eingereicht, welche dieselben einer Spezial-Kommission zur Prüfung überreicht hat. Die Kommission hat nun in ihrem Berichte die Erklärung abgegeben, daß die von der Konstituante angeordnete Untersuchung keinerlei Resultat geliefert, und daß die 2077 Protokolle nichts von Bedeutung enthalten. Sie beantragte daher, sämtliche Schriftstücke dem Handelsminister zu übersenden und sie in dem Archiv desselben niederzulegen.

Dieser Kommissionsbericht hat zu den stürmischen Debatten in der gestrigen und heutigen Sitzung der Nat.-Versammlung nun Veranlassung gegeben.

Man muß allerdings zugeben, daß die Kommission den Beweis einer großen Ideen-Armuth und eines harnenden Optimismus geliefert, indem sie erklärt hat, daß Alles ganz vortheilhaft wäre, und daß in dieser wichtigen Arbeiterfrage nichts zu thun sei. Aber gleichzeitig muß auch eingestanden werden, daß, wenn keine anderen Verbesserungen zu treffen sind, als die von den sozialistischen Rednern in der gestrigen und heutigen Sitzung vorgeschlagenen, es besser ist, keinerlei Veränderung einzutreten zu lassen. Wenn, wie ein Journal richtig bemerkt, die Kommissions-Beschlüsse zur Unbeweglichkeit führen, dann führen die sozialistischen Verurtheilungen der Montagnards zu Nichts. — Die Versammlung beschloß, daß sämtliche Dokumente über diese Angelegenheit, nicht wie es die Kommission beantragte, in dem Archiv der Minister, sondern in das der Versammlung niedergelegt werden sollen. Der Antrag Pascal Duprat auf eine neue Untersuchung ist mit 476 Stimmen gegen 199 abgelehnt worden. Unglücklicher Weise ist es nur zu wahrscheinlich, daß nur wenige Mitglieder diese Dokumente aus dem Archiv der Versammlung benutzen werden, und ist es demnach ganz gleichgültig, ob sich dieselben in dem Archiv des Ministers, oder in dem der Versammlung befinden.

Die sozialistischen Utopien, welche bei dieser Gelegenheit auf der Tribüne wieder zum Vorschein kamen, werden aber das Resultat gehabt haben: die Rekonstitution der Majorität zu beschleunigen. Die dissentierende Fraktion der Gemäßigten, erschreckt, daß ihre momentanen Auktionen noch ganz so sind, wie zur Zeit der revolutionären Aufregung, besitz sich die Allianz zu lösen, um sie wieder mit der alten Majorität anzuknüpfen. Freilich kann diese Vereinigung kein großes Vertrauen einflößen, denn sie grüßt die sich nicht auf die Sympathie der verschiedenen Fraktionen, sondern hat ihren Bindungspunkt in der gemeinsamen Furcht vor den sozialistischen Doktrinen.

Unterdes gewinnt die Meinung, welche die Verlängerung der Präsidialgewalt verlangt, immer mehr Terrain. Im Elysee scheint man die völlige Rekonstitution der Majorität abwarten zu wollen, ehe man mit definitiven Entschlüssen hervortreten wird. Die Bildung eines definitiven Ministeriums wird daher auch schwerlich vor 14 Tagen zu Stande kommen. — Die Armee zeigt sich nach verschiedenen Berichten der National-Versammlung nichts weniger als zugezogen.

In der Kommission für parlamentarische Initiative, welche mit den Anträgen auf Reform des Wahlgesezes beschäftigt ist, hat Laboulaye verlangt, es solle der Minister des Innern in die Kommissionen geladen und eine kategorische Antwort auf folgende zwei Fragen von ihm verlangt werden: „Welches ist die Ansicht der Regierung über die Präsidentenwahl? Glaubt die Regierung, es könne der Präsident nur von denjenigen Wählern, welchen das Recht zur Wahl der Repräsentanten in die Legislative zusteht, gewählt werden?“ Die Antworten sollen im Sitzungsprotokoll verzeichnet werden. Minister Waisse wird Montag in der Kommissionsitzung erscheinen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 1. Februar. In einer Versammlung mehrerer Bewohner des östlichen Theiles des schweidnitzer Angerbezirks theilte Hr. Justizrath Gräff, Mitglied des Hilfsvereins des westlichen Theiles des Bezirkes, die Ergebnisse dieses am 11. Mai 1850 errichteten Vereines mit. Es konstituirte sich hierauf ein provisorisches Comité in den Personen der Herren: Stadtrath Gütler, Graf v. Harrach, Gen.-Lieut. Graf Henckel v. Donnersmark, Oberst-Lieut. v. Hülsen, Kaufmann Fr. Klocke, Direktor Lemaire, Kaufmann und Bezirkesvorsteher Lorke, Kaufmann C. Neugebauer, Schmiedemeister Pfeiffer, Kaufmann Scheurich und Zimmermeister Severin, um die Bildung eines Hilfsvereins für den östlichen Theil des schweidnitzer Angerbezirks auf Grundlage der Tendenz: der Entfaltung und Verarmung vorzubeugen, ins Werk zu setzen. Mit der speziellen Leitung der hierzu erforderlichen Maßnahmen wurden die Herren Gütler und Graf Henckel v. Donnersmark beauftragt.

So wäre in unserer Stadt der zweite Schritt zur Bewirkung der Ansicht gethan, daß die Verbesserung der sozialen Zustände in den großen Städten, soweit sie überhaupt durch vereinte Kräfte Einzeler herbeigeführt werden kann, nur durch eine örtlich concentrirte Einwirkung erreichbar ist, mithin durch Errichtung von Bezirksvereinen, welche hienächst unter sich in eine gemeinsamen Bestrebungen-fördernde und regelnde Verbindung treten. Möchten wir bald von der Bildung gleicher Vereine in den übrigen Stadtbezirken berichten können.

Breslau, 3. Februar. [Falsches Gerücht.] Seit einigen Tagen kourirt hier die Nachricht, daß die in Folge der Demobilmachung angeordneten Pferde-Auktionen auf Befehl des Kriegsministers plötzlich eingestellt werden sollen. Dieses Gerücht widerlegt sich am besten durch die Thatsache, daß der Verkauf von 1000 Pferden des 6. Artillerie-Regiments bereits heute Vormittag begonnen hat und an den folgenden Tagen seinen ununterbrochenen Fortgang nehmen wird. Die Versteigerung, welche auf dem freien Plage hinter der Kaiser-Kaserne stattfindet, lockt viele Käufer an, die Pferde finden zu soliden Preisen schnellen Absatz. Am heutigen Vormittag wurden über 100 Stück verkauft. Die Train-Pferde der 6. Pionier-Abtheilung werden hier künftigen Mittwoch zur Versteigerung kommen.

Angekommen: Prinzessin Byron v. Curland aus Warthenberg.

Breslau, 3. Febr. [Christkatholische.] Der christkatholischen Gemeinde hier ist die Abhaltung ihres Gottesdienstes in der Armenhauerkirche bis zum 1. Juli d. J. noch gestattet; es hat, so viel wir gehört haben, eine Kündigung von Seiten der Behörden stattgefunden.

Breslau, 2. Februar. [Theater-Ball.] Tanzlustiger als in der gegenwärtigen Wintersaison hat sich Breslau's Jugend schon seit einer Reihe von Jahren nicht gezeigt. Fast keine Woche vergeht, die nicht ein halbes Duzend Walvergnügungen aufzuweisen hat. Die Ressourcen und Gewerke, die Studenten und Künstler wetteifern diesmal in ihren Unternehmungen von Bällen, Kränzchen und Soireen.

Der Carnevalsball, welcher alljährlich nur ein Mal im Theater veranstaltet wird, hatte sich eines besondern Beifalles zu erfreuen, da er allen Ansprüchen des tanzlustigen Publikums genügte. Zwischen zwei Tänzen flogen die zierlichen Gestalten des Corp de Ballet in den Saal, um durch die gelungenen Darstellungen eines Salon-Waltzes, einer Mazurka in Nationaltracht und einer Kokos-Polka, dem gewöhnlichen Reigen eine interessante Abwechslung und Mannigfaltigkeit zu verleihen. Ein rauschender Beifall begleitete diese Leistungen sowie die des Hrn. Balletmeister Hefenst, welcher diesmal das schwierige Amt eines Tanz-Ordners mit dem des ausübenden Künstlers vereinigte.

Um 12 Uhr trat die Pause ein. Brillant war die Ausstattung der Lokalen, in denen eine Stunde lang aus dem Weinkeller des Herrn Anton Hübner sehr viel und sehr heiter gezecht wurde. Herr Alexander Herrmann hielt dabei ein eben so reichlich als geschmackvoll besetztes Buffet.

Mit der Pause hatten sich auch viele Gäste entfernt, und es blieb nur noch ein engerer Tänzerkreis beistimmen, welcher sich erst um 3 Uhr des Morgens trennte. Viele der anwesenden Masken verharren bis zum letzten Augenblicke im strengsten Anonymo. Ueberall hörte ich das Urtheil befähigten, daß die früheren Theater-Redouten theils besuchter, theils glänzender ausgefallen seien als die diesjährige, daß aber keine derselben des Angenehmen und Schönen so viel geboten habe als die letzte.

Matibor, 3. Febr. [Andenken. — Gewerberat.] Der Kommissionsrath Cuno, erster Syndikus der ober-schlesischen Landchaft, ging vor Kurzem, nachdem er 36 Jahre bei derselben gewirkt hat, wegen Alter und Kränklichkeit ab. Es nahm nun die Landchaft nicht bloß in einem höchst schmerzhaften Schreiben von ihrem scheidenden Beamten Abschied, sondern es verordneten ihm noch deren Mitglieder zum Zeichen ihres persönlichen Wohlwollens einen werthvollen silbernen Humpen mit passender Inschrift zum Andenken. Gleich zu einer Beförderung, die ihre verdiente Beamten so auszeichnet und dadurch zugleich die Loyalität ihrer Gefinnung kund giebt, — Verflorenen Donnerstag hatte der Handwerker-Verein eine längere Berathung über die vom Gewerbe-Rath beantragte Entwerfung von Ortsstatuten. Die in Angelegenheit bereits befähigten und eingeführten Ortsstatuten wurden paragraphenweise mitgetheilt und mit einigen unbedeutenden Abänderungen angenommen. Heute werden sie in der Sitzung der Handwerker-Abtheilung des Gemeinde-Raths beraten und dann dem Plenum vorgelegt.

Aus der Provinz. [Nord.] Am 1. Februar wurde der 12 Jahre alte Sohn der Wittwe Hoffmann aus Neumarkt von dem invaliden Unteroffizier Weiss mit dem Leutnantsbuche in das dasige königliche Kreis-Steuer-Amt gesendet, um das Gnabengeld für den letzteren abzuholen. Der

Knabe empfing des Vormittags um 10 Uhr in gedachtem Amte für den 10. März 4 Rthlr., entfernte sich damit und wurde Mittags 12 Uhr auf Probier-Terrain in der Nähe von Neumarkt ermordet und beraubt an einem kleinen Leiche aufgefunden. Leider ist bis jetzt ungeachtet aller Bemühungen der Thäter noch nicht zu ermitteln gewesen.

Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 26. Jan. bis 1. Febr. d. J. wurden befördert 5884 Personen und eingenommen 15617 Rthlr.

Reiffe-Brieger Eisenbahn. In der Woche v. 26. Januar bis 1. Febr. d. J. wurden befördert 1118 Personen und eingenommen 884 Rthlr.

Kraus-Oberschlesische Eisenbahn. In der Woche vom 26. Jan. bis 1. Febr. d. J. wurden befördert 552 Personen und eingenommen 1903 Rthlr.

Wilhelms-Bahn. In der Woche vom 25. bis incl. 31. Januar d. J. wurden befördert 1630 Personen und eingenommen 1861 Rthlr. Die Gesamt-Einnahme pro Monat Januar d. J. beträgt 7604 Rthlr. 8 Sgr. 1 Pf.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 19. bis 25. Januar d. J. 10021 Personen und 26249 Rthlr. 2 Sgr. 9 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen, Güter, und Viehtransport u. s. w., vorbehaltlich späterer Befestigung durch die Haupt-Kontrolle.

Inserate

Aufforderung.

Seit einigen Wochen sind in verschiedenen Gegenden der Stadt Erkrankungen an Pocken, sowohl modificirter als echter vorgekommen. Bei der großen Anzahl ungeimpfter Personen jeden Alters und Standes hieselbst ist zu befürchten, daß eine höchst gefährliche Pocken-Epidemie sich hier entwickeln werde.

Es werden demnach in Gemäßheit des § 55 des Gesetzes vom 8. August 1835 (S. 2. Seite 256) sämtliche hiesige Einwohner auf die drohende Gefahr hiedurch aufmerksam gemacht und aufgefordert, ihre noch ansteckungsfähigen Angehörigen schleunigst impfen zu lassen, indem die Einimpfung der Schutzpocken als das sicherste Schutzmittel gegen die Menschenpocken durch die Erfahrung nachgewiesen ist.

Es werden zu dem Ende in verschiedenen Gegenden der Stadt Filial-Impf-Anstalten errichtet, in welchen außer dem in Katharinenstraße Nr. 18 befindlichen königlichen Impf-Institut Gelegenheit zum Impfen geboten wird.

Die Lokale dieser Filial-Anstalten werden binnen Kurzem bekannt gemacht werden.

Diesem Grund noch ungeimpft geblieben sind, haben sich es selbst zuzuschreiben, wenn nach Vorchrift des § 55 des gedachten Gesetzes erforderlichen Falls Zwangs-Impfungen an den noch ungeimpften bewirkt werden müssen.

Nach § 54 l. c. werden alle diejenigen Eltern und resp. Vormünder, deren Kinder und Pflegekinder von den natürlichen Eltern befallen werden und bis zum Ablauf ihres ersten Lebensjahres ohne erweislichen Grund ungeimpft geblieben sind, wegen der veräußerten Impfung in Hinsicht der dadurch hervorgerufenen Gefahr der Ansteckung in polizeiliche Strafe genommen.

Ferner wird in Erinnerung gebracht, daß nach den gesetzlichen Vorschriften alle Familienväter, Haus- und Gastwirthe und Medizinal-Personen schuldig sind, jeden in ihrer Familie, ihrem Hause und ihrer Praxis vorkommenden Fall von Erkrankung an den Pocken bei Vermeidung einer Geldstrafe von 2 bis 5 Rthl. oder 3 bis 5 tagelangen Gefängnis der Polizeibehörde ungesäumt anzuzeigen.

Die Pockenkranken selbst sind möglichst zu isoliren, und an der Wohnung ist eine Warnungstafel, welche von dem betreffenden Bezirke-Polizei-Beamten zu erlangen ist, an einem in das Auge fallenden Orte anzubringen.

In den Familien, in welchen die Pocken Krankheit ausgebrochen ist, müssen die die Schule besuchenden Kinder, so lange die Krankheit in der Familie dauert, aus der Schule zurückgehalten werden. Nach der Genesung, resp. nach dem Tode eines Pockenkranken oder nach dessen Entfernung aus der Wohnung in ein Hospital ist nach Anleitung des Arztes die Desinfektion vorzunehmen und sorgfältig vorzunehmen. Schließlich wird auch den bereits in früheren Jahren Geimpften die Revaccination als das sicherste Mittel, sich vor Ansteckung bei dem drohenden Ausbruche der Pocken-Epidemie zu mahnen, dringend empfohlen.

Breslau, den 31. Januar 1851.

Königliches Polizey-Präsidium.
v. Sebler.

Monats-Übersicht der städtischen Bank

pro Januar 1851,
gemäß § 25 des Bankstatuts vom 10. Juni 1848.

Aktiva.		394,535 Rthl. 2 Sgr. — Pf.
1) Geprägtes Geld		
2) Königl. Banknoten, Kassen-Anweisungen und Darlehnsscheine	79,263	— " 7 "
3) Wechsel-Bestände	272,348	— " 12 " 7 "
4) Ausgeliehene Kapitalien gegen Verpfändung von Cour's habenden inländischen Effekten und gegen Verpfändung von Waaren im Nominals und Barwerthe von 318,639 Rthl.	211,940	— " — "
5) An die städtische Darlehnskasse	28,650	— " — "

Passiva.		300,000 " — " — "
1) Banknoten im Umlauf		
2) Guthaben der Theilmehmer am Giro-Verkehr	106,115	— " 6 " 3 "
3) Depositen-Kapitalien	64,461	— " 20 " 2 "

Außerdem sind in Gemäßheit des § 10 im Bankstatut zur Bildung des Stammkapitals bis jetzt 473,880 Rthl. in Cour's habenden Effekten deponirt.

Breslau, den 31. Januar 1851.

Die städtische Bank-Deputation.

Vorlagen für die Versammlung des Gemeinde-Raths am 6. Februar.

1. Verpachtung der Hauptmühle.
2. Bürgerrechts-Gesuche.
3. Wahl eines unbeforderten Stadtraths, sowie der Mitglieder von städtischen Deputationen, und der Bezirkspostler und deren Stellvertreter.
4. Die Etats der Markthal-Verwaltung, des Armen- und des Arbeitshauses, der Frohnwesen-Verwaltung, der Verwaltung der direkten Kommunalsteuer, des Administrationskostenfonds der Stadt-Bank, des Gymnasiums zu St. Maria Magdalena, des Bankgerechtigten-Abschlags-Kontos und der hiesigen Bürgerschule zum heiligen Geist.

Gräff, Vorsitzender.

